Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 31. | Montag, den 7. Februar 1921 | 71. Jahrgang.

Wiederbestellung von Gemeindewaisenräten und von Ersatzmännern.

Alle bisherigen Gemeindewaisenräte und Ersatzmänner des Amtsgerichtsbezirks, die auf die Zeit vom 1. Januar 1921 bis mit dem 31. Dezember 1923 **wiedergewählt** oder **wiederbestimmt** worden sind, werden unter Hinweis auf das Gelöbnis treuer und gewissenhafter Pflichterfüllung bei ihrer früheren Verpflichtung erneut zu diesen Aemtern bestellt. Von der Wiederbestellung werden die Gemeindewaisenräte, die Ersatzmänner und die Gemeindebehörden nur hierdurch benachrichtigt.

Lichtenstein-Callnberg, am 5. Februar 1921.

Amtsgericht.

Dienstag, den 8. Februar 1921

Verkauf von Weizenkleie (auch an Kleintierhalter) **Bezahlung vorm. 9 bis 12 Uhr im Lebensmittelamt 1 Ztr. Mk. 40.—. Abgabe auf dem Güterbahnhof. Eier,** 1 Stück Mk. 1.75, **Bezahlung und Abgabe nachm. 1/2 3 bis 4 Uhr im Freibankvorraum, hinterm Rathaus.**

Städtisches Lebensmittelamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der französische Botschafter hat dem Reichsminister des Aeußeren die Einladung übermittelt, am 1. März Delegierte nach London zu entsenden. Der Minister hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten.

* **Nach eingegangenen zuverlässigen Meldungen aus dem besetzten Gebiet haben die alliierten Befehlshaber die Urlaube für Mannschaften und Offiziere widerrufen. In Köln und Mainz wird auch kein Tagesurlaub an Offiziere in das unbesetzte Gebiet mehr erteilt.**

* Auf der dem Dortmunder Guß-Stahlverein gehörenden Zeche „Teutoburgia" hat die Belegschaft, kommunistischen Einflüssen nachgebend, eigenmächtig die Sechsstundenschicht eingeführt.

* Die bayrische Regierung wird, wie von zuständiger Seite verlautet, beim Reichsgerichtshof Anfechtungsklage gegen das Beamtenbesoldungsgesetz erheben, dessen Anerkennung sie verweigert. Sie behauptet, daß das Gesetz formell in Widerspruch zu gewissen Bestimmungen der Reichsverfassung steht.

* In Berlin tagten am Sonnabend die Landesministerpräsidenten; in der Aussprache wurde stärkster Widerstand gegenüber der Ententeforderungen gefordert.

* Die zwischen den deutschen Delegierten und Vertretern der niederländischen Regierung über die Ausführung des niederländisch-deutschen Kreditvertrages geführten Besprechungen nehmen einen befriedigenden Verlauf. Es ist damit zu rechnen, daß noch vor Ende Februar mit der Ausführung des Vertrages begonnen wird und dann die ersten Kreditanfragen Deutschlands in Behandlung genommen werden.

* Gestern früh 6 Uhr ist in seiner Wohnung in Charlottenburg Admiral Graf Baudissin nach schwerem Leiden verschieden.

Vertagung des Reichstags.

Berlin, 5. Februar.

Die Mittelstands-Interpellation.

Bevor sich der Reichstag gestern der Preußenwahlen wegen bis zum 23. Februar vertagte, hat er noch eine längere Aussprache über die für unsere Wiedergesundung so wichtigen Handwerks- und Mittelstandsfragen gehabt. Voran ging, wie unsere Leser bereits wissen, die Beantwortung zahlreicher Anfragen durch die Regierung und die Erhöhung der Teuerungszulage für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene gefallener Krieger.

Unter den Anfragen befanden sich wieder solche, die sich mit unseren noch immer in Kriegsgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen und mit der schwarzen und weißen Schmach im besetzten Gebiet befaßten. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp erkundigte sich nach unseren Gefangenen in Rußland. Der Vertreter der Regierung gestand, die genaue Zahl selbst jetzt noch nicht zu wissen! Natürlich, die Bolschewistenherrschaft hält es weder für nötig, die Gefangenenzahl festzustellen, noch der deutschen Regierung eine Antwort zu geben. Dr. Krahl und Dr. Becker von der Deutschen Volkspartei, die Schandtaten der Alliierten geißelten, erhielten den wenig tröstlichen Bescheid, die Reichsregierung habe protestiert und sich beschwert. Die fremden Barbaren am deutschen Rhein lassen sich dadurch nicht stören.

Zur

Mittelstands-Interpellation der Regierungsparteien

äußert sich Reichswirtschaftsminister Scholtz:

Es ist richtig, daß Handwerk und kleingewerblicher Mittelstand durch die Kriegsfolgen besonders gelitten haben, weil sie nicht solche Kapitalreserven ansammeln konnten, wie die Industrie und der Großhandel. Dazu kommt, daß es heute dem Mittelstand sehr schwer wird, die nötigen Betriebskapitalien herbeizuführen. Auch die Valutaverhältnisse fallen schwer ins Gewicht. Wir hatten einen Aufschwung des Handwerks erhofft. Das ist leider nicht der Fall. Für den Kleinhandel spielen die plötzlichen Preisrückgänge eine katastrophale Rolle. Schon bei der Beratung meines Etats habe ich gesagt, daß die Stabilisierung der Valuta von einschneidender Bedeutung für unsere Wirtschaft ist, ganz besonders für das kleine Gewerbe. Die Zulassung des Börsenterminhandels ist ja mit ihrer Zustimmung beschlossen worden. Wir hatten vor der neuen Ententenote gehofft, daß sich das Handwerk infolge besserer Belieferung mit Rohstoffen

Die Regierung bleibt bei ihrem Nein!

Berlin, 7. Februar. Der „B. Ztg." zufolge erklärte Reichsminister Simons in einer Unterredung mit dem Vertreter der Hearst-Presse von Wiegand auf die Frage, ob die Regierung wirklich bei ihrem Nein bleibe: Ich kann nur sagen, wenn die deutsche Regierung auch nur ein Jota von der Erklärung abweicht, welche ich im Reichstage in ihrem Namen abgegeben habe, daß nämlich **die Pariser** Beschlüsse für uns unannehmbar sind, so bleibe ich nicht länger im Amte und werde das Meinige dazu tun, daß mein Nachfolger nur dieselbe Politik betreiben kann wie ich. Auf die Frage Wiegands, was geschehen würde, wenn die Alliierten Zwangsmaßnahmen ergriffen, erwiderte er: Dann müssen wir eben für einige Zeit leiden und das Leid ertragen.

Folgende Depeschen zeigen, wie weiter deutscher Kreise sich eine steigende Erregung über die Pariser Forderungen bemächtigt; der deutsche Widerstand gegen eine Versklavung kommt überall zu ihrer ablehnenden Haltung:

Große Kundgebung in Bayern.

München, 7. Februar. Gestern mittag fand vor der Feldherrnhalle eine große vaterländische Kundgebung statt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, es mögen etwa 20 000 Personen gewesen sein, füllten den freien Platz, so daß der Straßenbahnverkehr eingestellt werden mußte. An der Feldherrnhalle waren schwarz-weiß-rote Fahnen aufgezogen worden. Oberst von Xylander hielt gegen die Pariser Forderungen der Entente eine Ansprache, welche zur Ablehnung und zum festen Zusammenhalten gegen die Forderungen ermahnte und mit den Worten schloß: Lieber tot, als Sklave der Entente. Im weiteren Verlauf der Kundgebung sang die Menge unter Begleitung der Musik und entblößten Hauptes: Großer Gott, wir loben dich; Deutschland, Deutschland über alles; die Wacht am Rhein, und das niederländische Dankgebet. Es wurde folgende Entschließung angenommen:

> Die hier versammelten Deutschen aller Kreise fordern von der Regierung sofortige strikte Ablehnung der Schandforderungen der Entente in einem klaren: Nein, niemals. Aufs schärfste verurteilen sie jeden Deutschen, der es wagen sollte, die Hand zu einem Selbstmord zu bieten, den die Unterzeichnung dieses erzeugten perversen Uebermuts bedeutet. Die Reichsregierung hat nicht nur auf scheinbar materielle Vorteile zu achten, sondern vor allem eine Hüterin des Lebens und der Ehre Deutschlands zu sein.

Nürnberg, 7. Februar. Vor dem Hotel der belgischen Ueberwachungskommission demonstrierte gestern eine große Menge von Teilnehmern an einer vorher abgehaltenen Protestversammlung gegen die Forderungen der Entente. Die Geschäftsleitung des Hotels ließ zur Beruhigung der Demonstranten die schwarz-weiß-rote Fahne aufziehen, worauf sich die Menge ohne weitere Zwischenfälle verlief.

Protestkundgebung in Dresden.

Dresden, 7. Februar. Wie in anderen Städten Deutschlands fand gestern auch in Dresden eine machtvolle Kundgebung gegen die Forderungen der Entente statt. Die bürgerlichen Parteien wie auch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsverbände hatten zu Massenversammlungen eingeladen, in denen die Redner aufs schärfste gegen die maßlosen Forderungen, die eine Versklavung des deutschen Volkes bedeuten, protestierten und ihre Ablehnung forderten. Gleichzeitig fand gestern der Werbeumzug für Oberschlesien im Rahmen der oberschlesischen Woche statt, an dem sich die ganze Bevölkerung sowie die meisten Handwerkerinnungen, Vereine, Behörden usw. beteiligten. Es war ein endloser Zug, in prächtiger Darstellung, was der Besitz Oberschlesiens für uns bedeutet. Fahnen und Musik wurden mitgeführt und nach der Auflösung des Zuges, der seinen Weg durch die Stadt nahm, fand Platzmusik am alten Markt statt.

Der Gewerkschaftsring gegen die Pariser Forderungen.

Berlin, 7. Februar. Der Vorstand des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten weist mit Entrüstung die wirtschaftlichen Friedensbedingungen zurück und richtet an die Reichsregierung die Aufforderung, die verlangte Gesamtsumme von 226 Milliarden und die Ausfuhrabgaben abzulehnen. Ferner fordert er Arbeiter, Angestellte und Beamte zu restlosem Zusammenschluß auf und erwartet, daß die internationale Arbeiterschaft sich in eigenem Interesse gegen die Versklavung der deutschen Arbeiterschaft wendet.

Die furchtbaren Folgen der Pariser Beschlüsse.

Berlin, 7. Februar. Die Handelskammer zu Berlin faßte in ihrer gestrigen Vollversammlung eine Entschließung, in welcher es heißt:

> Die ungeheure Höhe der neuen Ententeforderungen steht in unbegreiflichem Widerspruch zu der auch dem deutschen Volke verheißenen Völkerversöhnung, wie zur Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die angedrohte Handelskontrolle ist ehrverletzend und birgt den Todeskeim für den deutschen Export in sich. In dem Augenblick der sich anbahnenden Gesundung erschlägt der verständnislose unmenschliche Plan der Entente den Unternehmungsgeist und die Arbeitsfreudigkeit Deutschlands. Rettungslose Verarmung, Auswanderung des jungen intelligenten Teiles der Bevölkerung, Absterben von Millionen infolge Nahrungsmangel stehen in Aussicht. Die Kammer billigt mit größtem Nachdruck die Erklärung der Reichsregierung gegen eine solche Politik, die zum Ruin Deutschlands wie zum Zusammenbruch des ganzen kontinentalen Europas führen muß.

Briand appelliert an Amerika.

Paris, 7. Februar. Briand richtete heute vormittag durch die „Chicago Tribune" an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung Frankreichs in der Revisionsfrage. Frankreich werde sich nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einigkeit aller Nationen, die auf den Schlachtfeldern für die Sache der Freiheit gekämpft hätten, sei unerläßlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, welchen man jetzt gegenübergestellt sei. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Laufe von Jahrhunderten bewährt habe. Die beiden Regierungen würden sicher von der öffentlichen Meinung in beiden Ländern unterstützt werden.

Lloyd George gegen Deutschland.

Paris, 7. Februar. Die vorgestern von Lloyd George in Birmingham gehaltene Rede war ein Angriff gegen Deutschland. Lloyd George führte u. a. aus, daß die ganze deutsche Nation den Krieg gewollt habe, daß die den Deutschen auferlegten Lasten keineswegs übertrieben seien und **Deutschland zahlen könne, wenn es nur wolle, und nicht aufhöre, immerfort an den Krieg zu denken.** Diese Rede hat in Frankreich einen tiefen Eindruck gemacht und freudige Ueberraschung hervorgerufen, denn die Erwartungen selbst sind noch übertroffen. Man sagt, das sei Lloyd George von 1913. Nur der Passus, in welchem Lloyd George erklärt, daß Deutschland auf der Londoner Konferenz Gegenvorschläge machen könne, ruft hier immerhin einige Besorgnisse hervor. Im ganzen verwischt die Rede Lloyd Georges den Eindruck, welchen die Rede Asquiths hervorgerufen, die dieser in Wolverhampton erhalten hat, und in der er ausrief: Kann Deutschland zahlen?

Welchen Ausgang die Londoner Konferenz für Deutschland haben wird, kann man bei diesen haßerfüllten und die Wahrheit verdrehenden Ausführungen des englischen Ministerpräsidenten schon vorher ermessen.

SLUB
Wir führen Wissen.